

Slowakei

Juraj Alner / Bernd Hüttemann

Die Slowakei hat eine neue Regierung. Die langjährige christdemokratisch-konservative Koalition unter Ministerpräsident Mikuláš Dzurinda wurde durch eine außergewöhnliche Koalition aus Smer-SD, HZDS und SNS unter Führung von Smer-Chef Robert Fico abgelöst. Bis zu diesem Wahlsieg stand die Slowakei weiter im Zeichen der Reformpolitik: Zum ersten Mal aber wurden im Vorfeld der Wahlen Begriffe wie „links“ und „rechts“ relevant, zum ersten Mal wurde die Bedeutung von „liberal“ hinterfragt. Der unerwartete Wahlsieg Ficos hat nun gezeigt, dass auch in der Slowakei die soziale Dimension im Reformprozess verstärkt beachtet werden muss. Möglicherweise ist die neue soziale Neuausrichtung in der Slowakei zunehmend gepaart mit einem verstärkten Nationalismus. Der Beitritt zur Europäischen Union ist derweil in der innenpolitischen Auseinandersetzung kein Thema mehr. Umgekehrt ist die Slowakei selbst für die Nachbarländer kaum mehr im Fokus. Die äußerst spärliche Berichterstattung und Literatur über die Slowakei liegt dabei im Spannungsbogen zwischen einem angeblich identitätssuchenden Land¹ und einem neoliberalen Neumitglied.²

Parteienlandschaft – Nationalrat – Regierung

Es bleibt dabei: Auch 17 Jahre nach der Wende und 14 Jahre nach der Entstehung der Slowakischen Republik ist die Parteienlandschaft nicht etabliert und auch für innenpolitische Kenner undurchschaubar. Nach den Parlamentswahlen 2002 wurde die Regierungskoalition der vier Parteien im Nationalrat durch 78 von 150 Parlamentsabgeordneten unterstützt. Bis zu den vorzeitigen Wahlen sind der Koalition nur noch 48 geblieben: Die zerfallene quasi-liberale Allianz des neuen Bürgers (ANO) ist verschwunden, wenige Abgeordnete sind in der Regierung geblieben, ohne Bindung zu einer relevanten Partei. Einzig die Christlichdemokratische Bewegung (KDH) und die Partei der Ungarischen Koalition (MKP/SMK) sind weiter personelle und programmatische Konstanten. Die KDH ist nach Meinungsverschiedenheiten zum Vertrag mit dem Heiligen Stuhl in die Opposition gegangen, was die vorzeitige Wahl beschleunigt hat. Die Slowakische Demokratische Christliche Union (SDKÚ) des Regierungschefs Mikuláš Dzurinda schwankt zwischen liberaler und christdemokratischer Positionierung und hat im Berichtszeitraum sieben Abgeordnete verloren und einen aus der Opposition gewonnen. In der Opposition hat Meciar's Bewegung für die demokratische Slowakei (HZDS) von 36 gewählten Abgeordneten 15 verloren; zur stärksten „Gruppierung“ sind in der Wahlperiode die sog. Unabhängigen Überläufer (zuletzt 28 Personen mit unterschiedlichen Interessen) geworden. Insgesamt sieben neue Parteien sind in der Wahlperiode direkt im Parlament entstanden, ohne Überlebenschancen während der Nationalratswahlen im Juni 2006. Die im Vorjahr beschriebene „Mathematik der Mehrheit“ ersetzt weiterhin inhaltliches Parteienprofil. Die 17-köpfige slowakische Regierung hat in ihrer vierjährigen Amtszeit über 10 Ände-

1 Die Slowaken auf der Suche nach sich selbst. Das Parlament 27. 06. 2006.

2 Kilian Kirchgessner: Böhmerland, du hast es besser: Tschechien und die Slowakei erleben ein Wirtschaftswunder. Das einzige Problem: Jetzt stehen Wahlen an; in: DIE ZEIT Nr.23, 01.06.2006.

rungen verkräften müssen, allein im ersten Halbjahr 2006 sechs Mal.³ Die in den Regionalwahlen im November 2005 erfolgreichste KDH (21% vor „Smer – Sociálna demokracia“ – Smer-SD 17%, SDKÚ 15%, MKP/SMK 14%) hatte zunächst die Führung im „rechten Lager“ für sich beansprucht, bevor die Nationalratswahl 2006 ein gänzlich neues Bild hervorbrachte: Die populistisch sozialdemokratische Smer-SD des Juristen Robert Fico hat über 50 von 150 Sitzen im Nationalrat gewonnen und stellte nach nur 17 Tagen die neue Regierung.

Eine Regierungskoalition war für den bisherigen Regierungschefs Mikuláš Dzurinda (SDKU) auch mit 30 Abgeordneten im Nationalrat nicht möglich. Die Rechte allein (SDKU, KDH, MKP/SMK) hatte keine Mehrheit mehr. Eine Koalition mit Meciar's HZDS (15 Sitze) und der mittlerweile drittstärksten Kraft, der Slowakische Nationalpartei (SNS) war insbesondere für KDH nicht akzeptabel. Die SNS ist als ausfallend und arrogant verrufen, obwohl ihre populistischen Parolen („christlich, national, sozial“) für „breite Massen“ anziehend wirken. So blieben auch Smer-SD nur wenige Koalitionsmöglichkeiten. Überraschend ist die Regierungsbildung schließlich zwischen Smer-SD, nationalistischer SNS und HZDS erfolgt.⁴ Ficos neue Regierung birgt ernsthafte Risiken für die slowakische Europapolitik. Letztlich hat Meciar's Regierung zu einer verspäteten Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der EU geführt. Die neue Regierung und vor allem Smer-SD wurden wegen der ungleichen Regierungspartnerschaft bereits von Brüssel und Straßburg aus heftig kritisiert. Die SPE-Fraktion im Europäischen Parlament suspendierte Smer von der Mitgliedschaft und ging noch einen Schritt weiter: sollten sich SNS und HZDS negativ auf die Europapolitik der slowakischen Regierung auswirken, würden die Smer-SD-Abgeordneten aus der SPE-Fraktion ausgeschlossen.⁵ Deshalb bemühte sich Fico zu unterstreichen, dass die ungleichen Koalitionspartner kaum Einfluss auf die Europapolitik haben sollen.⁶ Es gehört zur Beruhigungspolitik für die europäischen Partner, dass die Schlüsselressorts ausschließlich an Smer-SD gingen. Einzig das Regionalministerium lässt eine direkte Einflussnahme in der Europapolitik für einen der kleinen Koalitionspartner zu: ein SNS-Minister ist nun für die Verwaltung der 10,4 Mrd Euro EU-Fördermittel zuständig. Inwiefern die vollmundigen Wahlversprechen Ficos im Reformbereich umgesetzt werden ist sehr fraglich: insbesondere die Abschaffung der Flat Tax in Höhe von 19 Prozent wird für die neue Regierung zum Lackmuster.

Die jüngsten Entwicklungen lassen vermuten, dass die Slowakei endgültig in der Demokratie angekommen ist. Erstmals nach langen Jahren wird es eine echte Opposition geben. Debatten wurden schon im Wahlkampf mehr denn je in einem Links-Rechts-Schema geführt. Das Wahlergebnis zeigt eine erhöhte Sensibilität für die soziale Dimension des Reformkurses des Landes. Es ist fraglich, welche Macht den kleineren Koalitionmitgliedern durch Fico überlassen wird: er ist bemüht klarzustellen, er könne beide Juniorpartner unter Kontrolle halten. Offen bleibt aber, wie lange. Der Zusammenbruch der Koalition aus unnatürlichen Partnern ist eher wahrscheinlich. Noch 1998-2002 musste Dzurinda's Koalitionsregierung so viele Kompromisse mit der heute nicht mehr existieren-

3 Vgl. Karen Bachmann: Pragmatische Ränkespiele in Bratislava: Die Slowakei nach dem Bruch der Regierungskoalition; in: Das Parlament Nr. 08/09; 20.02.2006.

4 Smer: 29% der Stimmen, 50 Abgeordnete, 11 Sitze in der Regierung, SNS 11.7%, 20 Abgeordnete, 3 Sitze und HZDS 8.7%, 15 Abgeordnete, 2 Sitze. Eine Koalition mit den rechtsorientierten Regierungsparteien hat Fico abgelehnt, andere linke Verbündeten existieren nicht.

5 Hintergrund: „Smer“ ist umstritten, Sozialdemokratische Partei kritisiert Reformen scharf, Der Standard; 18.06.2006.

6 Ficos erste Erklärung nach der Gründung seines Kabinetts war, dass die Europapolitik unangetastet bliebe.

den Partei der demokratischen Linken (SD) schließen, dass es im ersten Anlauf nicht möglich war, grundsätzliche Reformen durchzuführen. Erst die Wahlen 2002 gaben der christlich-demokratisch-konservativen Regierung (SDKU, KDH, MKP/SMK, ANO) weitgehende Handlungsspielräume, auch und gerade weil es an einer starken Opposition im Nationalrat fehlte. Es folgte eine radikale Aufholjagd im Reformprozess – gepaart mit einem Reformshock für den Großteil der Bevölkerung, insbesondere im Sozialbereich. Ebenso war die Schulreform auf heftige Kritik im Parlament gestoßen und scheiterte an der nicht mehrheitsfähigen Regierung. Die Regierung ihrerseits versuchte zunehmend gegenzusteuern: Finanzminister Ivan Miklo legte Programme mit dem Schwerpunkt „Lebenslanges Lernen“ vor, damit nicht nur die Konkurrenzfähigkeit der Slowakei, sondern auch die nachhaltige Umwandlung des Standortes Slowakei in den Fokus geriet. Auslandsinvestitionen sollten nicht länger auf Grund günstiger Steuerpolitik und billiger Arbeitskräfte gewonnen werden, sondern verstärkt durch eigene hoch qualifizierte Arbeitskräfte. In der Reform der öffentlichen Finanzen ist es gelungen, die in der EU viel beachtete Flat Tax 19% ohne Ausnahmen durchzusetzen, diskutiert wurde gar eine Reduzierung auf 14%. Ein Kompromiss deutet sich nach der Parlamentswahl 2006 an: da Smer-SD nicht die vollständige Abschaffung der Flat Tax erreichen kann, will sie zumindest eine zweite Stufe einführen: eine Reduzierung für einige Lebensmittel, Bücher und Medikamente bis zu 6%. Die alte Regierung hat sich dafür entschieden, die Förderung von großen Auslandsinvestitionen durch Subventionen nur in der Mittel- und Ostslowakei zu gewähren, was die heimischen Unternehmer als Unterstützung unlauterer Konkurrenz kritisiert haben.

Verfassung – Erweiterung – Finanzielle Vorausschau

Die Slowakei ist kein EU-Neuling mehr, sie betreibt selbstbewusst EU-Politik – im bestehenden System.⁷ Am 11. Mai 2005 – nur wenige Tage vor den negativen Referenden zum Verfassungsvertrag in den Niederlanden und in Frankreich – hat der Nationalrat mit einer Mehrheit von 116 von 150 Abgeordneten dem Verfassungsvertrag zugestimmt. Staatspräsident Ivan Gasparovic hat die Ratifizierungsurkunden auf Grund eines immer noch ausstehenden Urteils des Verfassungsgerichtes nicht unterschrieben. Das vorläufige Scheitern hat in der Slowakei aber keine ernsthaften öffentlich geführten Debatten provoziert. Die zivilgesellschaftliche Debatte hat sich vielmehr im Rahmen des „Nationalkonvents“ bewegt.⁸ Die offiziellen Verlautbarungen standen in der allgemeinen Sprachregelung: Enttäuschung über die Ergebnisse, aber Betonung, dass die Krise gemeistert werde.⁹ Die beruhigenden Verlautbarungen auch vom slowakischen EU-Kommissar Jan Figel und vom bisherigen EU-Integrationsminister Pal Csaky (MKP/SMK) wurden in der Debatte im Nationalrat durchaus hinterfragt. Der KDH-Vorsitzende Pavol Hrusovsky sprach hinsichtlich der Verfassung von einem Elitenprojekt. Auch die Kommunisten (KSS) votierten

7 Smer: 29% der Stimmen, 50 Abgeordnete, 11 Sitze in der Regierung, SNS 11.7%, 20 Abgeordnete, 3 Sitze und HZDS 8.7%, 15 Abgeordnete, 2 Sitze. Eine Koalition mit den rechtsorientierten Regierungsparteien hat Fico abgelehnt, andere linke Verbündeten existieren nicht.

8 Vgl. Alner, Juraj/Hüttemann, Bernd: Slowakei; in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2005; Baden-Baden 2005; S. 389-396.

9 „The EU demonstrated that political will to cooperate is stronger than challenges facing the Union.“ Regierungschef Dzurinda zitiert nach: Institut für Europäische Politik (Hrsg.): EU-25 Watch, http://www.iep-berlin.de/publik/EU25-Watch/EU-25_Watch-No2.pdf, S. 92.

gegen den bestehenden Verfassungsvertrag, sind jedoch in dem neugewählten Parlament nicht mehr präsent. Die öffentliche Meinung zur EU ist wiederum grundsätzlich positiv.¹⁰

Die im Juni 2006 abgetretene slowakische Regierung konzentrierte sich ansonsten auf die Festigung ihrer EU-Politik. Im Vordergrund der slowakischen Europapolitik standen die finanzielle Vorausschau und die EU-Erweiterung. Debatten über Kompetenzerweiterungen des Europäischen Parlamentes und des Nationalrates, einschließlich der besseren Zusammenarbeit beider Parlamente und ihrer Abgeordneten, folgten auch den in anderen Mitgliedstaaten vorherrschenden Mustern. Ebenso Thema war die verbesserte Einbindung der Legislative in den europäischen Gesetzgebungsprozess. Stand die Slowakei selbst lange Zeit nicht auf der Rechnung der möglichen EU-Beitrittsländer, so machte sie sich besonders stark für eine Fortsetzung der EU-Erweiterung. Neben Bulgarien und Rumänien betraf dies besonders Kroatien. Beide Länder haben sprach-kulturelle und entstehungsgeschichtliche Gemeinsamkeiten. Konkret bot Dzurinda praktische Hilfe bei den Beitrittsverhandlungen an.¹¹ Aus nachbarschaftspolitischer Sicht ist auch das Eintreten der Slowakei für die Beitrittsperspektive der Ukraine und von Serbien und Montenegro zu verstehen. Die christlich-demokratisch dominierte Regierungskoalition tat sich hingegen schwer mit positiven Aussagen für die Türkei. Hier herrscht eine ähnlich ambivalente Haltung vor, die sich in vielen konservativ-christdemokratischen Parteien zeigt. KDH unterstützte die Haltung der deutschen CDU und ihr Angebot einer privilegierten Partnerschaft. Einzig die damals oppositionelle Smer-SD machte sich für einen möglichen türkischen Beitritt stark. Nichtsdestotrotz folgte die slowakische der allgemeinen Linie und stimmte im Europäischen Rat dafür, im Oktober 2005 Beitrittsverhandlungen zu führen.

Für die Slowakei war eine Einigung über die finanzielle Vorausschau besonders wichtig, sichert der EU-Finanzrahmen doch für Jahre einen großen Teil der Regional- und Strukturfonds. Bereits die Verhandlungen zum Finanzrahmen während des Juni-Rates der luxemburgischen Präsidentschaft, die letztendlich scheiterten, hatten Dzurinda einige positive Kommentare eingebracht. Der überraschende Kompromiss unter der britischen Ratspräsidentschaft im Dezember 2005 wurde gar als slowakischer Teilerfolg gefeiert.¹²

Der Beitritt zum Euro stand in der Slowakei nicht wirklich zur Diskussion. Seit dem 25. November ist die Slowakei Mitglied im Europäischen Währungssystem II.¹³ Zielpunkt für den Beitritt zum Euro ist 2009. Der neue Regierungschef Fico hat sich aber bereits eine Hintertür offen gehalten und den Beitritt an tatsächliche Vorteile für die Bevölkerung gebunden. Slowakische Politiker stellen dabei die Maastricht-Kriterien nicht in Frage. Im Gegenteil, es wird als selbstverständlich erachtet, dass das Land alle Kriterien erfüllen müsse, als Lackmустest für die radikale Reformfähigkeit des Landes¹⁴. Eine im Ausland nicht beachtete Reform betrifft die Abschaffung des allgemeinen Wehrdienstes.

Weiterführende Literatur

Kollár, M./Mesenikov, G. (Hrsg.): Global Report, Slovakia 2005, Bratislava 2006 (im Erscheinen).

10 Im jüngsten Eurobarometer hat sich die grundsätzlich positive Einstellung zur EU in der Slowakei gehalten: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb65/eb65_first_en.pdf S. 15.

11 EU-25 Watch, S. 143.

12 EU-25 Watch, S. 171f.

13 Agence Europe, 28. 11. 2005.

14 EU-25 Watch, S. 216ff.